

Unabhängige |||||
Historikerkommission |||||
zur Geschichte des |||||
Reichsarbeitsministeriums
1933 – 1945 |||||

Patrice Arnaud (†)

**DIE FRANZÖSISCHE ZWANGSARBEIT
IM REICHSEINSATZ**

Working Paper Series A | No. 11

eds. Elizabeth Harvey and Kim Christian Priemel

Working Papers of the Independent Commission of Historians
Investigating the History of the Reich Ministry of Labour
(*Reichsarbeitsministerium*) in the National Socialist Period

ISSN 2513-1443

© Unabhängige Historikerkommission zur Aufarbeitung der Geschichte des Reichsarbeitsministeriums in der Zeit des Nationalsozialismus, 2017

Website: <https://www.historikerkommission-reichsarbeitsministerium.de/Publikationen>

ISSN 2513-1443

All rights reserved. Any reproduction, publication and reprint in the form of a different publication, whether printed or produced electronically, in whole or in part, is permitted only with the explicit written authorisation of the UHK or the author/s.

This paper can be downloaded without charge from <https://www.historikerkommission-reichsarbeitsministerium.de> or from the Social Science Research Network electronic library. Information on all of the papers published in the UHK Working Paper Series can be found on the UHK's website.

Anmerkung der Herausgeber

Im Juni 2017 verstarb Patrice Arnaud völlig unerwartet und viel zu früh. Sein Tod bedeutet einen großen Verlust für seine zeithistorischen KollegInnen, doch zugleich sind wir sehr froh, dass wir mit ihm zusammenarbeiten und von seinem großen Wissen und profunden Kenntnissen lernen durften.

Wir haben uns entschlossen, seinen Konferenzvortrag in einer überarbeiteten, wenngleich nicht vollkommen fertiggestellten Fassung zu veröffentlichen, da Patrice das Thema sehr am Herzen lag und zentrale Ergebnisse seiner langen, enorm wichtigen Forschung zum Zwangseinsatz französischer Arbeiter während des Zweiten Weltkriegs beinhaltet. Wir haben Patrices letzte, auf Deutsch geschriebene Textfassung behutsam redigiert, ohne aber grundsätzlich in den Text einzugreifen. Fehlende Archivsignaturen wurden auf der Basis seines großen Werkes Les STO (2010/2014) ergänzt und der Artikel wurde formal den übrigen Working Papers der Konferenz angeglichen.

Die Geschichte der Zwangsarbeiter im nationalsozialistischen Deutschland ist ein vergleichsweise neues Gebiet, das erst seit rund dreißig Jahren erforscht wird. Das grundlegende Werk, das andere Studien tief geprägt hat, ist das 1985 veröffentlichte Buch *Fremdarbeiter* von Ulrich Herbert. Wann immer die deutsche Geschichtsschreibung über das Thema wesentliche Fortschritte gemacht hat, hat sie meist versucht, auf lokaler oder regionaler Ebene die Ergebnisse Herberts zu bestätigen oder zu modifizieren. In der deutschen Historiographie standen oft die osteuropäischen Opfer der Arbeitsdeportation im Vordergrund, während die Situation der ‚Westarbeiter‘ entsprechend weniger untersucht wurde. Doch auch diese sind inzwischen Gegenstand einer Reihe deutschsprachiger Arbeiten, darunter die Doktorarbeit von Helga Bories-Sawala über Bremen¹ und die kleinere Studie von Elisabeth Tillmann über das Lager von Loh.² Außerdem haben Markus Eikel³ über die französischen Katholiken im Dritten Reich und Wolfgang Knauff⁴ über die katholische Seelsorge in Berlin geschrieben. In diesen Arbeiten wird die sehr unterschiedliche Behandlung der Arbeitskräfte aus Ost- und Westeuropa deutlich, die auf der nationalsozialistischen Rassenhierarchie beruhte. Wenn allerdings manchmal die relative Privilegierung der ‚Westarbeiter‘ dahingehend interpretiert wird, dass französische Arbeiter grundsätzlich mit den Deut-

¹ Helga Bories-Sawala, *Franzosen im „Reichseinsatz“ – Deportation, Zwangsarbeit, Alltag, Erfahrungen und Erinnerungen von Kriegsgefangenen und Zivilarbeitern*, Frankfurt a.M. 1996, 3 Bände.

² Elisabeth Tillmann, *Zum „Reichseinsatz“ nach Dortmund. Das Schicksal französischer Zwangsarbeiter im Lager Loh 1943–1945*, Dortmund 1995.

³ Markus Eikel, *Französische Katholiken im Dritten Reich – Die religiöse Betreuung der französischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter 1940–1945*, Freiburg i. Br. 1999.

⁴ Wolfgang Knauff, *Zwischen Fabriken, Kapellen und KZ – Französische Untergrundseelsorge in Berlin 1943–1945*, Heiligenstadt 2005.

schen gleichgestellt worden seien, ist Vorsicht geboten. Als Beispiel kann man ein Zitat von Ulrich Herbert über die Westarbeiter erwähnen:

„Die ‚Fremdarbeiter‘ aus dem Westen erhielten zugegebenermaßen für die schwere Arbeit, die sie leisten mussten, den gleichen Lohn wie die Deutschen. Auch die Arbeitszeit entsprach weitgehend jener der deutschen Arbeiter: Über die häufigen Sonntagsschichten beklagten sich Franzosen ebenso wie die deutschen Arbeiter. Die Beschwerden über das Urlaubsverbot, die Ausschreitungen des Lagerpersonals oder etwa schlechtes Schuhwerk erinnern in Inhalt und Form ebenfalls sehr an die Klagen der deutschen Arbeiter beim Westwall oder in den Arbeiterlagern beim Autobahnbau in den Vorkriegsjahren“.⁵

In vielerlei Hinsicht kann daher von ähnlichen oder gleichen Arbeitsbedingungen gesprochen werden. Auf der anderen Seite darf nicht übersehen werden, dass französische Arbeitskräfte oft nicht entsprechend ihrer Kompetenz und Ausbildung eingesetzt wurden. Auch durch die Lebenssituation im Lager unterschied sich die Situation der meisten französischen Arbeitskräfte von jener deutscher Arbeiter.

Werden die Parallelen zwischen der Situation der „Westarbeiter“ und derjenigen deutscher Arbeitskräfte im Krieg zu sehr betont, besteht die Gefahr, interpretatorisch in die Nähe der Propagandadarstellungen des Vichy-Regimes und des deutschen Militärbefehlshabers im besetzten Frankreich zu geraten. Dieser Aufsatz nimmt sich daher vor, die Grundlagen der Zwangsarbeit und die Lebensbedingungen der Franzosen im Reich kurz zusammenzufassen, um sich von vorschnellen Urteilen zu distanzieren und über die Unzulänglichkeiten mancher Erinnerungen hinauszugehen.

Arbeitseinsatz in Frankreich: die Wende hin zur Zwangsarbeit im Herbst 1942

Die Ernennung Fritz Sauckels am 21. März 1942 als „*Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz*“ (GBA), der Hitler unmittelbar unterstellt war, markiert eine Wende in der Politik der ausländischen Arbeitskräfte im Westen. Die Rückkehr Pierre Laval als Regierungschef am 18. April 1942 sollte einen pro-deutschen Mann an die Spitze der Regierung bringen, der bereit war, eine Änderung der Arbeitspolitik und der Judenpolitik zu befürworten. Sauckel forderte sofort 350.000 Männer aus Frankreich für die Monate Mai und Juni 1942 und erklärte dem deutschen Militärbefehlshaber in Frankreich, dass dieses Zielkontingent im Rahmen des freiwilligen Arbeitseinsatzes nicht zu erfüllen sei. Der Militärbefehlshaber versuchte, den GBA davon zu überzeugen, dass die Anwendung von Zwang als äußerst unbeliebte Maßnahme nur in enger Absprache mit dem Vichy-Regime ergriffen werden sollte.⁶ Am 15. Mai 1942 traf Sauckel erstmals Laval, der sich

⁵ Ulrich Herbert, *Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches*, Bonn 1985, S. 333.

⁶ Bernd Zielinski, *Staatskollaboration: Vichy und der Arbeitseinsatz im Dritten Reich*, Münster 1995, S. 96ff.

bereit erklärte, alles zu tun, um das gesetzte Ziel zu erreichen. Am 18. Mai schlug Laval wirtschaftliche Maßnahmen vor, die den Abtransport der Arbeiter ins Reich beschleunigen sollten: Zusammenlegungen von Betrieben, Arbeitszeitverlängerung, Stilllegung unnötiger Kapazitäten und Förderung der Frauenarbeit. Er wies die Deutschen zudem darauf hin, dass es in den französischen Lagern⁷ politische und ausländische Häftlinge gab, die für den Arbeitseinsatz geeignet waren. Er befürwortete allerdings zu diesem Zeitpunkt noch nicht das Prinzip der Dienstverpflichtung. Mit seinen Vorschlägen nahm Laval das Scheitern der freiwilligen *Relève* (die Ablösung von Kriegsgefangenen durch Zivilisten) in Kauf und schwächte dadurch seine eigene Regierung, aber er identifizierte zugleich einen Sündenbock: den angeblichen Klassenegoismus der Arbeiter, die dem Aufruf vom 22. Juni 1942 nicht nachgekommen waren.⁸ Selbstverständlich funktionierte das Argument nicht. Pierre Laborie hat in seiner Studie über die öffentliche Meinung während des Vichy-Regimes überzeugend gezeigt, wie die *Relève*-Rede und die STO-Gesetze dazu beigetragen haben, die Franzosen endgültig von der Vichy-Regierung zu entfremden.⁹

Wenngleich der GBA eine wesentliche Rolle in der Einführung der Dienstverpflichtung spielte, müssen auch die Stellungnahmen der französischen Regierung seit 1941 berücksichtigt werden. Im Herbst 1941 hatte François Lehideux, Staatssekretär für die Industrie, ein Projekt für den nationalen Arbeitsdienst entworfen. Sein Nachfolger Jacques Benoist-Méchin folgte dieser Richtung in der Arbeitskräftepolitik allerdings nicht, und stattdessen wurden Verhandlungen des Vichy-Regimes erfolgreich abgeschlossen: 50.000 französische Kriegsgefangene wurden im Austausch gegen 150.000 französische Facharbeiter freigelassen. Als Laval am 11. August 1942 in Compiègne den Zug empfing, der die ersten 1.300 von der *Relève* befreiten Kriegsgefangenen zurückbrachte, war jedoch das Prinzip der Freiwilligkeit schon wieder untergraben. Am 1. September 1942 wurde Laval zur deutschen Botschaft gerufen. Obwohl er mit seinem Amtrücktritt drohte, falls der GBA allein die Verordnung über die Dienstverpflichtung veröffentlichte, wurde er gezwungen, dafür zu sorgen, dass das Vichy-Regime ein derartiges Gesetz der Dienstverpflichtung schnell ausarbeitete. Das Gesetz vom 4. September 1942 erwähnte die Entsendung von Arbeitskräften nach Deutschland nicht. Es sah nur vor, dass Franzosen vom 18. bis zum 50. Lebensjahr und ledige Französinen zwischen 21 und 35 Jahren dazu verpflichtet werden konnten, „alle Arbeiten durchzuführen, die die Regierung als dem nationalen Interesse förderlich erachtet“. Das unbesetzte Frankreich sowie die Region Nord-Pas-de-Calais, die dem Militärbefehlshaber in Belgien unterstand, wurden dem Gesetz unterworfen, ebenso die Ausländer, die sich in Frank-

⁷ Am 27. September 1940 wurden sogenannte Gruppierungen von ausländischen Arbeitern errichtet. Peter Gaida, *Camps de travail sous Vichy. Les „Groupes de travailleurs étrangers“ (GTE) en France et en Afrique du Nord 1940–1944*, Bordeaux 2014.

⁸ Rede von Pierre Laval am 22. Juni 1942, in: *Les Nouveaux Temps*, 24. Juni 1942. Siehe Patrice Arnaud, *Les STO. Histoire des Français requis en Allemagne nazie 1942–1945*, Paris 2010, S. 27–28.

⁹ Pierre Laborie, *L’opinion française sous Vichy – Les Français et la crise nationale d’identité*, Paris 2001.

reich aufhielten. Sauckel setzte einen unhaltbaren Termin, Oktober 1942, für die Dienstverpflichtung von 150.000 Facharbeitern. Die Benennung der Verschleppten war Sache jener Betriebe, die eine Quote von Arbeitern abgeben sollten. Bereits im Oktober 1942 wurden mehr als 50.000 Arbeiter ins Reich geschickt. Im November verließen täglich über 3.000 Franzosen Frankreich, so dass Ende 1942 die Forderung Sauckels mit 240.000 Menschen erfüllt wurde.¹⁰ Die Ablehnung der Dienstverpflichtung in der Bevölkerung wurde schnell deutlich (siehe unten für weitere Details von Verweigerung und Widerstand gegen die Maßnahme). Auch wenn feindliche Demonstrationen gegen Deutschland selten waren, zählte man Mitte Oktober in Lyon 10.000 Demonstranten. In der Schiffswerft von Saint-Nazaire streikten Anfang Oktober 400 der 1.700 Arbeiter. In Nantes zählte der Präfekt in diesem Monat fünf Tage Streik, und am 21. Oktober 1942 hatten mehr als 5.000 Arbeiter an den Protesten teilgenommen.¹¹ Ähnlich ging es im Michelin-Betrieb in Clermont-Ferrand am 21. Oktober 1942 zu, wo die Arbeiter drei Stunden lang die Arbeit niederlegten. Am 6. Januar 1943 gelang es sogar der Widerstandsbewegung in Montluçon, die Abfahrt eines Zuges nach Deutschland zu verzögern.¹²

Goebbels' Erklärung des „totalen Krieges“ in den ersten Wochen des Jahres 1943 unterstrich die Entschlossenheit des NS-Regimes, alle Ressourcen des Reichs und des besetzten Europas für den Krieg zu mobilisieren.¹³ In Frankreich zeichneten sich in den ersten Wochen des Jahres 1943 zunehmende Turbulenzen der Wirtschaft ab, mit dem Ergebnis, dass neue Lösungen für den Arbeitsmarkt gesucht wurden. Die deutschen Behörden in Frankreich besprachen schon am 11. Januar 1943 die Möglichkeit, Zwangsarbeit einzuführen, die jahrgangsweise erfolgen sollte. Am nächsten Tag musste Laval zusätzliche 250.000 Männer bereitstellen, so dass er sich gezwungen sah, eine Dienstverpflichtung ganzer Jahrgänge zu verfügen. Dieser Schritt löste eine ernste Kabinettskrise aus, die jedoch bald überstanden war.¹⁴

Trotz des Erfolgs der ersten Aktion hatten die Behörden 37.000 Menschen gezählt, die sich geweigert hatten, die Arbeit in Deutschland aufzunehmen. Der Militärbefehlshaber Carl-Heinrich von Stülpnagel forderte die französische Regierung in Vichy am 10. Februar 1943 auf, die Dienstverpflichtung der Jahrgänge zwischen 1920 und 1922 auszusprechen. Eine deutsch-französische Kommission arbeitete den Text am 14. Februar aus, der als Gesetz vom 16. Februar 1943 den *Service du Travail obligatoire* (STO) einführte. Die geplante Dauer wurde mit zwei Jahren

¹⁰ Zahlen vom 7. Juli 1944, Bundesarchiv (BArch) R 3/1821B.

¹¹ Guy Haudebourg, *Défendre les travailleurs sous l'Occupation (juin 1940-août 1944). L'exemple de la CGT en Loire inférieure*, in: *Annales de Bretagne et des Pays de l'Ouest*, n°116-2 (2009), S. 191-216.

¹² Patrice Arnaud, *Le STO: un cadeau inespéré à la Résistance?*, in: *Le Nouvel Observateur*, hors-série: Résistants et collabos – 1943: La France déchirée, Paris 2013, S. 19-25.

¹³ Zielinski (Anm. 6), S. 131.

¹⁴ Nach Angaben des Arztes von Pétain, Bernard Ménétrel, dachte dieser kurzzeitig daran zurückzutreten. Am Ende wandte er sich aber nur gegen den Eintritt des Kollaborateurs Marcel Déat, Chef des *Rassemblement National Populaire*, als Arbeitsminister in die Regierung.

angesetzt. Es galten die gleichen Strafmaßnahmen wie beim Gesetz vom 4. September 1942: drei Monate bis fünf Jahre Gefängnis, Geldbußen von 200 bis 10.000 Francs, die verdoppelt werden konnten, falls der Arbeiter rückfällig wurde. Die festgesetzte Frist für die Erfassung der Jahrgänge (28. Februar) und die ärztlichen Untersuchungen (5. März) zeigten die Eile, mit welcher der GBA vorging. Auch wenn der STO von linksgesinnten Kollaborateuren als ein gerechtes Gesetz dargestellt wurde,¹⁵ waren zahllose Ausnahmen vorgesehen. So waren Landwirte und Landarbeiter, mithin rund 40 Prozent jedes Jahrgangs, automatisch befreit. Dasselbe galt für Familienernährer, wenn der Vater kriegsgefangen, kriegsgefallen oder kriegsversehrt war. Gendarmen, Berufssoldaten, Bahnwärter, Polizisten, Bergarbeiter, Gefängnisaufseher, sogar die Beamten der meteorologischen Behörden wurden vom Dienst befreit. Andere Kategorien vergrößerten diese Zahl noch, darunter jene, die als arbeitsunfähig beurteilt wurden, Vertriebene aus Elsass-Lothringen,¹⁶ Franzosen aus Algerien oder den Kolonien und ehemalige Kämpfer der Legion der *Volontaires français*, die im Osten unter der Uniform der deutschen Wehrmacht gekämpft hatten. Was die Studenten betraf, genossen sie einen Aufschub bis zum 1. September 1943. Diese Regelungen führten dazu, dass immer mehr Personen Stellen in den „befreiten“ Berufen suchten.

Robert Weinmann, neu ernannter Generalkommissar für Arbeitseinsatz in der Vichy-Regierung, verkündete am 22. Februar, dass der verbleibende Rest der französischen Souveränität auf der Durchführung der von den Deutschen angeordneten Maßnahmen beruhte.¹⁷ Er kam hin und wieder den deutschen Forderungen sogar zuvor, zum Beispiel als er im Februar den Aufschub für die Studenten streichen wollte mit der Begründung, dass zur selben Zeit „junge deutsche Männer an der Front das Leben riskieren“.¹⁸ Am 16. Mai 1943 stellte er fest, dass von 712.000 Erfassten 418.000 freigestellt und 58.000 untauglich waren. Um die zweite Aktion beenden zu können, musste auf das Gesetz vom 4. September 1942 zurückgegriffen werden. Unter den 126.750 Franzosen, die im März 1943 nach Deutschland geschickt wurden, zählte man nur 60.000 junge Männer aus den STO-Jahrgängen.¹⁹ Die Verlängerung der zweiten Aktion bis zum 25. April 1943 ermöglichte die Überschreitung des Ziels um 269.000 Arbeiter.

Am 9. April 1943 verlangte Sauckel für die dritte Aktion 220.000 neue Arbeitskräfte innerhalb von zwei Monaten. Die deutschen Behörden versprachen, den Status von 250.000 Kriegsgefangene in denjenigen von Zivilarbeitern umzuwandeln. Laval erklärte sich damit einverstanden.

¹⁵ In seinen Erinnerungen schrieb Déat über den STO: „Es ist selbstverständlich, dass das Prinzip dieser Maßnahmen, wenn man ihre Notwendigkeit akzeptiert, richtig war. Sie richteten sich auch gegen das Benehmen der jungen Bürger, die eine plötzliche Neigung entdeckten, Bergarbeiter zu werden.“ Marcel Déat, *Mémoires politiques*, Paris 1989, S. 723.

¹⁶ Vgl. dazu Working Paper Nr. 9 von Elizabeth Vlossak in dieser Reihe unter www.historikerkommission-reichsarbeitsministerium.de.

¹⁷ Marc Olivier Baruch, *Servir l'Etat français*, Paris 1996, S. 425.

¹⁸ Arnaud, STO (2010) (Anm. 8), S. 36-37.

¹⁹ Bericht an den Beauftragten für den Vierjahresplan über die 2. Frankreich-Aktion, AN, AJ40/863.

Dennoch befürchtete Hitler eine politische Krise in Frankreich und empfing ihn am 19. April 1943 in Berchtesgaden. Vom Anfang an wurde die dritte Aktion sowohl durch die Vielzahl der Freigestellten beeinträchtigt als auch durch die Bemühungen, nicht zu viele Arbeitskräfte aus den französischen Betrieben herauszuziehen. Laut Weinmann gab es nach drei Monaten in einigen Regionen keine verfügbaren Männer der drei Jahrgänge mehr. Deswegen sah er sich gezwungen, die Dienstpflichtverweigerer schärfer zu verfolgen und die Freistellung vieler Berufe rückgängig zu machen. Am 1. Mai 1943 hob das Vichy-Regime die Freistellung der Bank- und Steuerbeamten, der Feuerwehrmänner und der Gefängniswärter auf. Eine veränderte Praxis bei der ärztlichen Tauglichkeitsprüfung trug dazu bei, dass vormals körperlich Untaugliche jetzt als arbeitsfähig gemustert wurden. Anfang Juni wurden die sogenannten *Chantiers de la Jeunesse*, ein ziviler Arbeitsdienst, aufgelöst und die jungen Männer sofort nach Deutschland geschickt.²⁰ Ende Mai beschloss Laval die Streichung fast aller Freistellungen für den Jahrgang 1922, erweiterte den STO auf das letzte Trimester von 1919 und verkürzte den Aufschub für die Studenten: Der 1. Juli wurde zur neuen Frist. Dank dieser Maßnahmen wurden weitere 82.000 Männer ausgehoben, doch fehlten immer noch 95.000 Arbeiter. Diese Fehlquote lässt sich durch zivilen Ungehorsam erklären. Dennoch ist mit Blick auf das Phänomen der STO-Verweigerer dem anhaltenden Mythos zu widersprechen, wonach der STO als Lieferant des Maquis, den französischen Widerstand gegen deutsche Besatzung und Vichy-Regime, fungierte. Der Historiker Michel Boivin hat für den gesamten Krieg die STO-Verweigerer auf 240.000 Personen geschätzt.²¹ Über 30 Prozent von ihnen entzogen sich dem Gesetz nach einem Urlaub und acht Prozent durch eine Flucht. Nur zehn Prozent der Verweigerer traten der Résistance bei.²² Die dritte Aktion im Sommer 1943 endete mit dem Versuch, 50.000 Arbeiter für die Organisation Todt (OT) ins Ruhrgebiet zu entsenden. Diese Aktion provozierte eine starke Flucht von den OT-Baustellen, so dass nur 36.000 Arbeiter in Deutschland ankamen. Die dritte Rekrutierungswelle kann mit weniger als 150.000 Arbeitern insgesamt nicht als erfolgreich bezeichnet werden.

Im September 1943 fuhren nur 3.680 Arbeiter, fast alle freiwillig, nach Deutschland, was das niedrigste Niveau der Abreisenden seit Januar 1941 darstellte. Das Scheitern der Aktion und die Gefährdung der deutschen Aufträge an die französische Kriegswirtschaft überzeugte Albert Speer, den französischen Industrieminister Jean Bichelonne nach Berlin einzuladen.²³ Die Verhandlungen endeten mit einem Gesetz, das die Verlegung von 600.000 Arbeitern in die für

²⁰ Aufstellung, 1943, AN, AJ39/174. Der Quelle zufolge leistete mehr als ein Viertel der *Chantiers de la Jeunesse* nicht Folge.

²¹ Michel Boivin, Les réfractaires au travail obligatoire, in: Bernard Garnier, Jean Quellien (Hg.), *La main-d'œuvre française exploitée par le IIIe Reich*, Caen 2003, S. 493-515.

²² Ebd., S. 504.

²³ Zu Bichelonne vgl. Marcel Boldorf, Die Wirtschaftsabteilung des Militärbefehlshabers in Frankreich, in: Albrecht Ritschl (Hg.), *Das Reichswirtschaftsministerium in der NS-Zeit. Wirtschaftsordnung und Verbrechenskomplex* (= Wirtschaftspolitik in Deutschland 1917–1990, Bd. 2), Berlin 2016, S. 319-356, hier S. 326.

Deutschland kriegswichtigen Sektoren der französischen Wirtschaft vorsah. Die zwei Minister arbeiteten das Speer-Bichelonne-Abkommen aus, das die sogenannten Sperr-Betriebe einführte. Jeder Arbeitnehmer eines Betriebs, der zu mindestens 75 Prozent zugunsten Deutschlands arbeitete, wurde vor einer Dienstverpflichtung geschützt. Der Verzicht auf eine Streichung der Freistellungen bzw. eine Vermehrung der STO-Jahrgänge bedeutete – aus deutscher Sicht –, dass eine Fortsetzung der Aktion unmöglich war. Deswegen wurde am 15. Oktober 1943 ein Rekrutierungsstop angeordnet. Ein Amnestiegesetz wurde für alle Verweigerer erlassen, die bereit waren, in einem Sperr-Betrieb zu arbeiten. Am 17. Januar 1944 arbeiteten mehr als eine Million Franzosen in diesen Produktionsstätten. Im selben Monat fuhren nur noch 2.400 Franzosen nach Deutschland, davon 85 Prozent freiwillig.²⁴

Doch ungeachtet des Speer-Bichelonne-Abkommens schlug Sauckel Hitler im Monat Dezember 1943 einen neuen Plan vor, der die Deportation von einer Million Franzosen ins Reich im Jahr 1944 vorsah. Obwohl sich Speer heftig gegen diese Forderung wandte, wurde Laval angehalten, ein neues Gesetz vorzubereiten. Am 1. Februar 1944 wurde ein erweitertes französisches Dienstpflichtgesetz eingeführt. Es betraf Männer zwischen 16 und 60 Jahren und Frauen im Alter von 18 bis 45. Laval erklärte sich mit der Abreise von 273.000 Arbeitern bis April einverstanden. Zur selben Zeit wandte Bichelonne mit Hilfe der Einheiten von Joseph Darnand [dem Führer der paramilitärischen, rechtsextremen *Milice Française*; *Anm. d. Hg.*] scharfe Repressionsmittel gegen die etwa 45.000 Franzosen an, die seit dem Herbst nicht von ihrem Urlaub nach Deutschland zurückgekehrt waren. Der am 16. März 1944 ernannte neue Arbeitsminister Marcel Déat unterstützte Sauckels Forderungen. Der ehemalige SFIO-Abgeordnete schlug eine Erweiterung der STO-Jahrgänge vor (1923 und 1924) sowie die Streichung sämtlicher Freistellungen. Am 11. Mai 1944 führte er einen *Service National du Travail* ein. Im Namen der Gerechtigkeit forderte er, den Schutz der Arbeitnehmer in den Sperr-Betrieben vor der Verschickung nach Deutschland aufzuheben.²⁵ Als das neue Gesetz veröffentlicht war, verschob jedoch die französische Regierung die Einberufung der neuen Jahrgänge. Mit Blick auf das Kriegsgeschehen erwies sich dies als wirksame Strategie. Erst am 6. Juni 1944 sandte Sauckel ein Ultimatum an das Vichy-Regime. Alle jungen Männer, die im Jahr 1924 geboren waren, sollten bis zum 30. Juni 1944 nach Deutschland transportiert werden. Doch die fast zeitgleiche alliierte Landung in der Normandie bereitete diesen Erwartungen ein Ende. Schon am 15. Juni 1944 stellte der Militärbefehlshaber die Dienstverpflichtungen ein.²⁶ Dennoch wurden Aushebungen in Form von Vergeltungsrazzien noch bis November 1944 fortgesetzt. Jean-Pierre Harbulot schätzt, dass im Herbst 1944 ungefähr 4.000

²⁴ Überweisungen zum Reichsgebiet 1944, AN, AJ40/851.

²⁵ Zielinski (Anm. 6), S. 185.

²⁶ Telegramm von Laval an die Präfekten vom 23. Juni 1944, AN, AJ72/2112. Vgl. Arnaud, STO (2010) (Anm. 8), S. 43.

Bewohner der Vogesen nach Deutschland verschleppt wurden.²⁷ 1944 fuhren 55.000 Franzosen²⁸ ins Reich, darunter über 22.000 freiwillig, die meistens aus deutschfreundlichen Kreisen stammten und angesichts einer angloamerikanischen Landung um ihr Leben fürchteten. Die Bilanz der Dienstverpflichtung in Frankreich beträgt ungefähr 600.000 Arbeiter, die nicht mit den 200.000 freiwilligen Arbeitern zu verwechseln sind, auch wenn sie oft ein ähnliches Leben im Reich führten.

Der Widerstand gegen den STO

1943 sendete die BBC fast 1.500-mal die Parole „Geh nicht nach Deutschland“ über den Äther. Wirklich überraschend war dabei, wie erfolgreich dieser Slogan war. Das stellte die Résistance vor neue Herausforderungen, auf die sie nicht vorbereitet war. Als die PCF im Sommer 1942 „Gehen ist Verrat“ proklamierte, wurde der Résistance klar, dass sie die Verbindung zu den Einberufenen nicht verlieren durfte, und rief diese zu Sabotageakten auf. Dank der französischen Arbeiterbewegung und der wiedervereinigten CGT waren die sich in der Illegalität wieder formierenden Gewerkschaften eine treibende Kraft in dieser Propaganda.

Die ersten Widerstandsreaktionen waren spontaner Natur wie beispielsweise die Streiks in der Lyoner Region Mitte Oktober 1942. Im März wurde ein *service national maquis* (nationaler Wehrdienst) innerhalb der *Mouvements Unis de la Résistance* eingeführt. Der Gesandte der unbesetzten französischen Zone zog die Bildung großer Lager, wie denen innerhalb der Vercors-Gebirge in den Voralpen, der allgemeinen Unterstützung kleiner, in den Wäldern zerstreuter Gruppierungen von Männern vor. Zur selben Zeit wurde die Londoner Exilregierung beschuldigt, nichts zur Unterstützung der Verweigerer zu unternehmen, deren Zahl von 27.000 Ende 1942 auf 200.000 im Sommer 1943 answoll.

Erst am 14. Juli 1943 wurde ein Ausschuss gegen die Verschleppung gegründet (*Comité d'Action contre la Déportation*) mit einem Budget von 60 Mio. Francs pro Jahr. Die *Noyautage des administrations publiques* (NAP [eine Organisation der Résistance mit dem Ziel, das Vichy-Regime zu unterwandern; *Anm. d. Hg.*]), im September 1942 begründet, verfügte über erhebliche Unterstützung im französischen Arbeitsministerium, in der industriellen Produktion und sogar in den Dienststellen des STO. Dort fand man in einem Viertel der Abteilungen Leiter, die der Résistance nahestanden. Laval konnte sich also mit Recht bei Sauckel im Juli 1943 darüber beschweren, dass seine eigenen Dienststellen den STO sabotierten. Die ersten Sabotageaktionen und Attentate nahmen die Organisationsverantwortlichen und deren Infrastruktur ins Visier.

²⁷ Jean-Pierre Harbulot, *Le Service du travail obligatoire*, Nancy 2003, S. 376.

²⁸ Die Zahl von 50.496 Personen wurde von Elmar Michel von der Regierung des Militärbefehlshabers in Frankreich, angegeben. Abschlussbericht – Hauptabteilung Arbeit, AN, AJ40/846.

Schon im Juli 1942 zerstörten die *Corps francs de Combat* gleichzeitig in acht Städten der Südzone die deutschen Werbestellen. Im September 1943 wurden die Namensregister des STO in Grenoble und im Januar 1944 in der Region Aube sowie in Toulouse zerstört. Der Mord an Julius Ritter, Stellvertreter Sauckels in Frankreich, am 28. September 1943 durch die Mitglieder der Manouchian-Gruppe [eine von Missak Manouchian geführte, Ende 1943 zerschlagene Partisaneneinheit; *Anm. d. Hg.*], führte zur Erschießung von 50 Geiseln am Mont Valérien. Auch wenn diese Aktionen rückblickend verspätet erscheinen, trugen sie zum Verständnis des Strategiewechsels seitens der deutschen Führungskräfte bei. Wie sollte man zukünftig verfahren, wenn Léo Hamon [vom Mouvement Républicain Populaire; *Anm. d. Hg.*] Ende Februar am Kommissariat des STO die 200.000 Namens-Registerkarten des Jahrgangs 1924 verbrannt hatte? Der erschütterndste Faktor für den französischen Staat und die Polizei war die Zunahme und Verbreitung falscher Identitätspapiere und Lebensmittelmarken, von denen nahezu 400.000 Stück durch die ca. 20 Drucker hergestellt wurden, die bei dem *Comité d'Action contre la Collaboration* fest angestellt waren und die Grundlagen einer Rationierung vernichteten oder den Verweigerern den Aufenthalt in Frankreich erleichterten. Waren offene Widerstandsbekundungen gegen den STO auch selten, abgesehen von jenen in Montluçon und in Romans im Januar und März 1943, so erschallten oftmals seitens der STO Einberufenen Widerstandslieder, vor allem die Marseillaise und die Internationale.²⁹

Regionen und Wirtschaftszweige: die Verteilung der französischen Arbeiter im Dritten Reich

Die französischen Zivilarbeiter waren beinahe auf das ganze Gebiet des Dritten Reichs verteilt. Nur drei Gaue verzeichneten 1943 eine geringe Zahl französischer „Fremdarbeiter“: Ostpreußen, der „Reichsgau Wartheland“ und Schleswig-Holstein. Wenn ihr Anteil an den ausländischen Arbeitskräften im Reich insgesamt bei acht Prozent lag, ging dieser in den größeren Städten weit darüber hinaus: 13 Prozent in Hamburg, 16 Prozent in Wien, 18 Prozent in Berlin. Im Süden, besonders in Bayern, lag der Anteil erheblich über dem Durchschnitt. 10.000 bis 15.000 Franzosen wurden zum „Arbeitseinsatz“ außerhalb der Grenzen des Deutschen Reichs geschickt, darunter auch in die Balkanländer oder nach Italien.³⁰ Der größte Teil von ihnen, rund 3.000, arbeitete in Norwegen für die Organisation Todt. Allein 650 wurden nach Narvik, jenseits des Polarkreises geschickt, wo sie zwölf Stunden am Tag schwere Erdarbeiten verrichten mussten.

Von Januar bis August 1943 wurden mehr als 80 Prozent der dienstverpflichteten Franzosen

²⁹ <http://www.museedelaresistanceenligne.org/media506-Manifestation-de-Romans-contre-le-STO-10-mars-1943>.

³⁰ Marcel Giraudeau, *Narration du séjour de deux ans en Allemagne et en Italie*, o. D., Typoskript, 20 S. Vgl. Arnaud, STO (2010) (Anm. 8), S. 747.

der Industrie vom Arbeitsamt zugewiesen.³¹ Nur 0,7 Prozent wurden als Bergarbeiter oder landwirtschaftliche Arbeiter beschäftigt, 2,8 Prozent auf dem Bau, 4,2 Prozent im Transportwesen, 6,1 Prozent als Handwerker. Die größten Unternehmen, die diese Arbeitskräfte nutzten, waren Konzerne wie Daimler-Benz, BMW, AEG und IG Farbenindustrie oder Staatsunternehmen wie die Hermann-Göring-Werke, die Reichsbahn oder die Reichspost.

Arbeitszeit und Belohnung in der deutschen Kriegsindustrie

Der Historiker Rüdiger Hachtmann beziffert für den Monat März 1944 die wöchentliche Arbeitszeit in der Metallindustrie auf 62,7 Stunden. Die Mehrheit der Firmen der Kriegsindustrie hatte bereits seit Herbst 1940 die 60-Stunden-Woche eingeführt; seit 1943 galt etwa in der Panzerproduktion eine Wochenarbeitszeit von 72 Stunden. Eine Verordnung vom 31. August 1944 setzte eine obligatorische Mindestarbeitszeit von 60 Stunden in der Industrie und 72 Stunden für die Kriegswirtschaft fest. Dazu kam noch die Sonntagsarbeit. Diese Schichten wurden zunehmend in kriegswichtigen Betrieben eingeführt. Oft musste nur an einem von vier Sonntagen gearbeitet werden. Doch während Deutsche sich dieser zusätzlichen Belastung oft entziehen konnten, mussten die „Fremdarbeiter“ oft am siebten Tage arbeiten. Für Würzburg sind mehrere Fälle dokumentiert, in denen sich die Franzosen gegen diese Arbeit wehrten, da sie empfanden, dass sie allein die Last tragen mussten.

Im Gegensatz zu den KZ-Häftlingen und den Kriegsgefangenen wurden die französischen Zivilarbeiter nach dem für die Metallindustrie gültigen Lohnkatalog vom Herbst 1942 bezahlt. Der neue Lohnkatalog forderte, dass man die Arbeiter soweit wie möglich mit Akkordlohn bezahlte. Grundsätzlich durften also französische Arbeiter auf derselben Basis wie Deutsche bezahlt werden, doch verschiedene Faktoren bewirkten faktisch eine Benachteiligung der „Westarbeiter“. Ein Faktor war die rassistische Ideologie des Nationalsozialismus. Der Gesetzgeber regte die Betriebe dazu an, vor allem die Deutschen mit hochqualifizierten Arbeiten zu beschäftigen. Der SD griff viele Betriebsführer an, „die auch heute noch die Interessen des eigenen Werks über die der Gesamtwirtschaft stellen“.³² Aber auch das deutsche Bildungssystem, das eine Ausbildung von mindestens drei Jahren für einen Facharbeiter und von zwei Jahren für einen Angelernten vorsah, trug dazu bei, dass viele französische Facharbeiter ihrem Status nach herabgesetzt waren. In den Worten des Priesters Hadrien Bousquet: „Technische Zeichner wurden zur Gießerei geordert, Einrichter rücksichtslos auf den Posten eines Schlossers gesetzt.“³³

Der Vorwurf, aus dem Arbeitseinsatz in Deutschland materielle Vorteile gezogen zu haben,

³¹ Nicht alle wurden Arbeiter. Einige arbeiteten in diesen Firmen als Chauffeur, Dolmetscher oder sogar Koch.

³² Meldungen aus dem Reich Nr. 367 vom 15. März 1943, BArch R 58/181.

³³ Hadrien Bousquet, *Hors des Barbelés*, Paris 1945 S. 57-58.

überschattete lange Zeit das kollektive Gedächtnis des STO. Manche Arbeiter, wie Alexandre Billaud, verdrängten in ihren Erinnerungen den Wert der Reichsmark: „Das war kein Gehalt. [...] Wir wollten nicht für die Deutschen arbeiten, noch weniger von denen bezahlt werden. Wenn man einige Scheine akzeptiert, ist es nur um Briefmarken oder Tabak einzukaufen.“³⁴ Die Mehrheit der ehemaligen Zwangsarbeiter unterstrich, dass sie keinen Zugang zum legalen Markt hatte. Robert Lesaffre wusste angeblich nicht, „wie er sein Geld ausgeben konnte“.³⁵ Dasselbe konstatierte Georges Moullet-Echarlod, dessen „Hosentaschen voller Marken“ waren.³⁶ Daher existierte in den letzten Jahren des Krieges ein großer Schwarzmarkt, besonders unter den „Fremdarbeitern“, für die dies die einzige Möglichkeit bildete, Verpflegung, Kleidung oder Alkohol, allerdings zu überzogenen Preisen, zu bekommen.

Eine tiefe Kluft trennt in den Erinnerungen die jungen Männer aus mittleren oder intellektuellen Kreisen, deren Gehalt – so ihre Erinnerungen – nur für Essen und Unterhalt reichte, von denjenigen aus dem Arbeitermilieu, für die der günstige Wechselkurs der Reichsmark gegenüber des Francs die Möglichkeit eines richtigen Sparens bot. Der Facharbeiter Georges Moullet-Echarlod erinnerte sich später:

„Sie verdienten ungefähr 230 RM im Monat und konnten damals 200 RM nach Frankreich überweisen. 4000 Francs pro Monat, das ländliche Haus, wovon einige geträumt hatten, war plötzlich in Reichweite.“³⁷

Arbeitsverhalten und Eigensinn

Ehemalige Zwangsarbeiter stimmen in ihren Memoiren und anderen Ego-Dokumenten darin überein, nur eine geringe Arbeitsleistung erbracht zu haben. Dieser passive Widerstand sei zudem von unerwarteter Seite unterstützt worden. So berichten mehrere Arbeiter, dass manchmal sogar deutsche Arbeiter die französischen Kollegen ermutigt hätten, nur langsam zu arbeiten. Eine Vielzahl von Strategien trug dazu bei, die Last der Arbeit zu vermeiden oder zu verringern. Arbeitsvertragsbrüche, vorgetäuschte Krankheiten und Selbstverstümmelungen waren – manchmal radikale – Lösungen. Oft standen aber auch weniger drastische Formen zur Verfügung, die eine geringere Gefahr für die Arbeiter bildeten, wie Verspätungen oder lange Besuche der Aborte. Akten der Würzburger Gestapo bestätigen diesen passiven Widerstand. Ein französischer Zwangsarbeiter schrieb am 13. Mai 1944 in einem Brief an seine Braut:

³⁴ Alexandre Billaud, *Alexandre ou les malheurs de Centio*, Steenvorde 1988, S. 305.

³⁵ Robert Lesaffre, *Des bruyères d’Auvergne aux ronces du STO*, Paris 1986, S. 143.

³⁶ Georges Moullet-Echarlod, *La faim au ventre*, Paris 1978, S. 256.

³⁷ Ebd., S. 147f.

„Was die Arbeit angeht, finde ich immer, dass ich zu viel mache. Vielleicht ist es, weil ich hier bin. Glücklicherweise kam mir diese Idee, als ich in Deutschland war. Je weniger ich taue, desto besser ist es. Das ist gerade der Grund weshalb ich krank gewesen bin. Ich spielte die Rolle des ‚eingebildeten Kranken‘ und ich glaube, ich tue es gut und ich gratuliere mir ein so guter Schauspieler zu sein. Mach dir über das Wort Krankenrevier gar keine Sorge. [...] Ich habe ihnen gesagt, dass ich unter Rheuma litt und ich habe acht Tage Ruhe bekommen. [...] Um neun lag ich im Gras und nahm ein Sonnenbad. [...] So verstehe ich das Leben in Deutschland.“³⁸

Der Brief wurde von der Zensur aufgehalten und der Franzose am 28. September 1944 nach Dachau eingewiesen. Auch Roger C. wurde am 1. April 1943 wegen ähnlicher Aussagen festgenommen: „Wenn man nicht arbeiten will, geht man zum Arzt, auch wenn man nicht krank ist. Dieser schickt uns am nächsten Tag wieder in den Betrieb, aber ein Tag ist schon gewonnen“.³⁹ Er hatte das Glück, wieder auf freien Fuß gesetzt zu werden, da sein Benehmen von seinen Meistern günstig beurteilt wurde. Dem Arbeitsplatz fernzubleiben, war oft auch eine Reaktion auf die Strenge der betriebsärztlichen Praxis. Georges F.⁴⁰ etwa verbarg sich 15 Tage lang im Wald, weil der Betriebsarzt ihn arbeitsfähig geschrieben hatte. Als er zurückkam, wurde er für 56 Tage in einem Arbeitserziehungslager interniert.⁴¹

Ein berühmter Fall von Selbstverstümmelung in Frankreich ist der von François Cavanna, Schriftsteller und Journalist. Er entschloss sich, nur mit der linken Hand zu arbeiten und verlor seinen Zeigefinger. Er hatte mit einer unfallbedingten Zurücksendung gerechnet, blieb aber nur fünf Tage im Revier. Die polizeilichen Akten bestätigen die Zunahme solcher Fälle, besonders nach der alliierten Landung. André S. wurde am 26. Oktober 1944 festgenommen, weil er sich den Finger, nachdem er sich mit einem Schleifstein geschnitten hatte, selbst infiziert hatte.⁴² Dasselbe galt für André V., der am 8. Dezember 1944 festgenommen wurde, weil die Polizei ihn im Verdacht hatte, Chlorwasserstoff über eine Prellung gegossen zu haben, um eine Blutentzündung auszulösen. Die Würzburger Gestapo schlug dem RSHA einen Antrag auf Einweisung in ein KZ vor.⁴³ Ganze Gruppen von Arbeitern wurden gelegentlich festgenommen, wie vier Franzosen aus Düsseldorf, die Speichel und Blut in die Hand oder in den Arm gespritzt hatten, um Abszesse hervorzurufen.⁴⁴ Zehn Franzosen des Lagers 25 der Hermann-Göring-Werke im niedersächsischen Watenstedt erschienen im Juli 1944 vor dem Berliner Kammergericht. Roland D., neunzehn Jahre, wurde zum Tode verurteilt, während die neun anderen Männer Strafen von vier bis

³⁸ Brief von Georges C. an seine Braut, 13. Mai 1944, Staatsarchiv Würzburg (StA Wü), GW 19138.

³⁹ Brief von Roger C. an seine Eltern, 17. November 1942, Staatsarchiv Düsseldorf (StA Dü), RW 58-16035.

⁴⁰ Auch wenn Franzosen selten als Meister beschäftigt wurden, findet man in den Akten einige Beispiele, besonders wenn eine geschlossene Gruppe von einer französischen Firma zu einer deutschen gesandt wurde.

⁴¹ Zeugenaussage von Georges F., Bureau des Archives du Monde Combattant (BAMC) – Caen, Gau Berlin.

⁴² Brief der Dresdner Gestapo am polizeilichen Medizininstitut der Sipo den 29 November 1944, BArch R 58/1058.

⁴³ Ebd.

⁴⁴ Bericht n°4 der Gestapo am 24 Dezember 1943, StA Dü, RW 58/3121.

sechs Jahren Zuchthaus erhielten.⁴⁵ Nach der alliierten Landung in Frankreich beobachtete der SD, dass solche Fälle zunahmen. Zum Beispiel verdreifachte sich bei der Münchner Rüstungsfirma Krauss-Maffei die Krankenziffer der Franzosen, und zahlreiche Fälle leichter Selbstverstümmelungen wurden notiert.⁴⁶ In Bitterfeld wurden 46 Arbeiter der IG Farbenindustrie, darunter viele Franzosen, wegen Vortäuschung von Krankheiten festgenommen. Ein französischer Krankenpfleger hatte in diesem Fall offenbar Anzeige erstattet.⁴⁷

Im Jahre 1943 bestanden zwei Drittel der Festnahmen der Gestapo aus vertragsbrüchigen „Fremdarbeitern“. Während der ersten neun Monate 1943 wurden 260.000 Ausländer verhaftet, allein im März 2.855 Franzosen gegenüber nur 736 Deutschen. Im Sommer 1943 wurden monatlich über 3.000 Franzosen inhaftiert. Jedoch lag ihre Repressionsquote (5,5 Promille) unter jener der Holländer (6,7 Promille), der Polen (8 Promille) und der Ostarbeiter (9,5 Promille). Ab Herbst 1943 führte die Gestapo gezielte Aktionen in einigen Betrieben durch, um die Krankmeldungen zu senken.⁴⁸ In den Hermann-Göring-Werken in Linz lag der Anteil der Anzeigen, welche die Werksleitung bei der Gestapo machte, mit 48 deutlich unter jenem der im Betrieb selbst verhängten Strafen (218); für die französischen Arbeiter bedeutete dies eine Quote von etwa 22 Prozent. Unter den Gründen für Strafen firmierte das Fernbleiben vom Arbeitsplatz an erster Stelle (69 Prozent)⁴⁹ vor den Verspätungen (10 Prozent), den Auseinandersetzungen am Arbeitsplatz und der Aufsässigkeit gegenüber Vorgesetzten (8,5 Prozent), einer schlechten Leistung (5,6 Prozent) und dem Einschlafen am Arbeitsplatz (4,5 Prozent).

Arbeiterlager, Fliegerangriffe und Ernährung

Im Herbst 1942 gab es ungefähr 10.000 zivile Lager für zivile ausländische Arbeitskräfte im Dritten Reich. Eine Verordnung des preußischen Finanzministers vom 17. November 1942 förderte den Bau größerer Lager, um Größenvorteile zu ermöglichen.⁵⁰ Der Minister befürwortete, dass sich die großen Lager mit mehr als tausend Arbeitern wenn möglich mehr als 500 Meter entfernt von Wohnungen, industriellen oder militärischen Anlagen befinden sollten. Die Verordnung bestätigte die Rolle der Deutschen Arbeitsfront in der Betreuung und Kontrolle der Lager. Die „minimalen materiellen Bedingungen“ waren höchst spartanisch. Zum Beispiel wurde der annehmbare Luftraum für einen Arbeiter von zehn auf sieben Kubikmeter gesenkt. Das Standard-

⁴⁵ Urteil des KG Berlin vom 11. und 12. Juli 1944, BAMC – Caen, Strafsakten Braunschweig.

⁴⁶ Sonstige Feststellungen bei den Überprüften R-Betrieben, Staatsarchiv München (StA Mü), NSDAP 80.

⁴⁷ Zeugenaussage von Robert D. gegen Pierre D., AN, F9/5576.

⁴⁸ Sitzung der Arbeitsgruppe des RSHA vom 30. September 1943, BArch R 58/1030.

⁴⁹ Michaela C. Schober, ZwangsarbeiterInnen der Reichswerke Hermann Göring am Standort Linz – Statistikbericht unter Berücksichtigung der deutschen Staatsangehörigen, in: Oliver Rathkolb (Hg.), NS-Zwangsarbeit: Der Standort Linz der „Reichswerke Hermann Göring AG Berlin“ 1938–1945, Wien 2001, Bd. 1, S. 257f.

⁵⁰ Janet Anschütz/Irmtraud Heike, Feinde im eigenen Land, Bielefeld 2000, S. 237-244.

modell der Baracken (39,9 x 8,1 Meter) hatte sechs Räume. Die häufige Unterbringung von 18 Männern in einem Raum bildete schon einen Verstoß gegen diese Verordnung. Jedoch stellte dieser kein Problem für die Behörden dar, die nur die Aufnahme von weniger als zehn Arbeitern streng verboten hatte.⁵¹ Später wurden Gebäude von zehn bis sogar zwölf Räumen gebaut.⁵² Der Fußboden wurde um 40 cm erhöht, während die Höhe der Decke mit 2,3 Meter festgesetzt war.⁵³ Die hygienischen Bestimmungen waren strenger. Die Verordnung sah einen Wasserhahn und ein Waschbecken für drei Personen vor. Zugang zu warmem Wasser war aber nur ein Mal pro Woche gestattet. Ein Abort für zwanzig Männer war geplant. Diese minimalen hygienischen Voraussetzungen wurden aber nicht beachtet. Die schlechte Organisation, der Zustrom der ausländischen Arbeiter und der fehlende Wille der Lagerführer trugen dazu bei, dass selbst Goebbels im Monat März 1944 zu der Feststellung gelangte, dass die Lebensbedingungen der „Fremdarbeiter [...] aus kriegsbedingten Gründen nicht gerade ideal sind“. Dennoch verneinte er jede Verbesserungsmöglichkeit und rechnete damit, dass sich durch weitere und größere Arbeiter-Kontingente und durch die Verknappung der Baumaterialien diese Verhältnisse noch weiter verschlimmern würden.⁵⁴

Im Gegensatz zu den „Ostarbeitern“, die seit 1942 ausführlichen Erlassen unterworfen waren, gab es für die „Westarbeiter“ keinen einheitlichen gesetzlichen Rahmen. Seit 1940 wollte der Staat, besonders das RSHA, eine strikte ethnische Trennung durchsetzen, die aber die wirtschaftliche Lage nicht erlaubte. Die einzige Trennung, die tatsächlich durchgeführt wurde, spaltete die „Ost-“ von den „Westarbeitern“. Was die Trennung nach Nationen anging, trat sie durch die Raumverteilung in Kraft. Je größer das Lager war, desto einfacher war es, die Arbeiter nach ihrer Nationalität zu separieren, was auch dem Wunsch der Betroffenen entsprach. In den kleineren Lagern, von zwei oder drei Baracken, sollten aber oft Belgier, Franzosen, Holländer oder Italiener zusammen wohnen.

Normalerweise war ein Stacheldrahtzaun um ein Westarbeiterlager nicht zulässig. Dennoch waren die Lager umzäunt, damit das Kommen und Gehen der Insassen beobachtet werden konnte. Die „Westarbeiter“ durften außerhalb der Arbeitsstunden das Lager frei verlassen, aber der Lagerführer war befugt festzulegen, wann der Zugang zum Lager geschlossen wurde. Die Disziplin im Lager wurde überwiegend durch verhängte Geldbußen eingehalten. Diese konnten bis 150 RM betragen, auch wenn die meisten sich im Bereich von fünf bis zehn RM bewegten, was schon einen erheblichen Betrag für Zwangsarbeiter darstellte.

⁵¹ Ebd., S. 272.

⁵² Rainer Kubatski, Die Standorte für Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene in Berlin nach den Bauunterlagen im Bundesarchiv Koblenz, in: Rimco Spanjer et al. (Hg.), Zur Arbeit gezwungen, Berlin 1999, S. 46.

⁵³ Lagerverordnung des Arbeitsministeriums vom 14. Juli 1943, BArch NS 5/272.

⁵⁴ Verordnung Goebbels' an die Reichspropagandaämter vom 31. März 1944, StA Mü, NSDAP 136.

Einige Lager waren in Betriebsgebäuden, andere in Gaststätten oder leeren Schauspielsälen eingerichtet. Wenn das Lager genügend geheizt war, bevorzugten es die Franzosen, in solchen Gebäuden unterbracht zu werden. Manchmal fielen die Bedingungen aber äußerst schlimm aus. Das galt etwa für zwei leere Schiffe in Stettin: die MS Hamburg und die MS Bremerhaven. Diese beherbergten 1.500 Personen und hatten auch eine Art Strafabteilung, die einem Arbeitserziehungslager ähnlich war.⁵⁵

Im Herbst 1942 existierten nur sehr wenige Luftschutzräume in den Lagern, und sofern solche Einrichtungen in den Betrieben gebaut wurden, waren sie oft ziemlich weit vom Lager entfernt. Der einzige Schutz für die Zwangsarbeiter, wenn er existierte, war ein Deckungs- oder Splitter-schutzgraben. In Berlin wurden bis Ende 1943 110.000 Schlafplätze für ausländische Arbeiter durch Luftangriffe zerstört. Im April 1944 erhöhte sich diese Zahl auf 180.000 bis 200.000 Schlafplätze. Die Bedingungen der Wiederunterbringung waren so heikel, dass selbst der Verantwortliche im Gau Berlin die Lage in den provisorischen Lagern als „unerträglich“ beschrieb.⁵⁶ Die Luftangriffe trugen dazu bei, dass eine Dezentralisierung der Unterkünfte beschlossen wurde. Die neuen Lager wurden in einem Kreis von 40 km um Berlin aufgeteilt, was eine bedenkliche Verlängerung der Strecke zur Arbeit verursachte.⁵⁷

Auch die Verpflegungssituation fiel in der Praxis oft schlecht aus. Für das RSHA, aber auch für einen großen Teil der deutschen Arbeitgeber wäre es kaum nachvollziehbar gewesen, die „Westarbeiter“ ebenso gut wie die deutschen Gefolgschaftsmitglieder zu ernähren, besonders wenn dies eine Senkung der Rationen für die deutschen Arbeiter bedeutet hätte. In den größeren Unternehmen erlaubte es eine Trennung zwischen Deutschen, „West-“ und „Ostarbeitern“, in den Kantinen verschiedene Speisen anzubieten. Außerdem gab es Verluste an Nahrungsmitteln, die zum Teil mit deren Verderben zusammenhingen, wenn der Lagerführer nicht selbst einen Teil auf dem schwarzen Markt verkaufte. Für diejenigen, die die Chance hatten, Lebensmittelkarten zu bekommen, ermöglichten es die Karten, dieselben Nahrungsmittel wie die Deutschen zu erhalten. Nur von Sonderzuteilungen nach Bombenangriffen blieben sie meist ausgeschlossen. Jene Franzosen, die Lebensmittelkarten erhielten, arbeiteten oft allein als Handwerker und beklagten sich nicht über ihr Essen, da die Verpflegung bis Sommer 1944 weit reichhaltiger als in Frankreich ausfiel. Doch finden sich Klagen über die Verpflegung in den zensierten Briefen der Franzosen.⁵⁸ In Berlin etwa benannten 33 Prozent aller aufgehaltenen Briefe das Problem. Im Norden fielen die Bewertungen der Nahrungsmittelversorgung durchweg negativ aus, im Süden

⁵⁵ Jacques Evrard, *La déportation des travailleurs français dans le III^e Reich*, Paris 1972, S. 199.

⁵⁶ Helmut Bräutigam, *Nationalsozialistische Zwangslager in Berlin IV. Fremdarbeiterlager 1939 bis 1945*, in: Wolfgang Ribbe (Hg.), *Berlinforschungen IV*, Berlin 1989, S. 248.

⁵⁷ Moullet-Echarlod (Anm. 36), S. 232.

⁵⁸ *Rapport statistique, sur les travailleurs français en Allemagne*, AN, 3W/118.

des Reiches hingegen vergleichsweise positiv.⁵⁹

Repression: die Einweisung in die AEL und KZ

Die Arbeitserziehungslager (AEL) waren in Frankreich nach dem Krieg lange Zeit so gut wie nicht bekannt, da die meisten Franzosen, die dort inhaftiert wurden, Zwangsarbeiter oder „umgewandelte“ Kriegsgefangene waren, auch wenn einige Widerstandskämpfer ebenfalls eingewiesen wurden.⁶⁰ Das erste Lager Hinzert wurde von Fritz Todt während des Baus des Westwalls im April 1939 errichtet. Während des Krieges gab es im Dritten Reich über 200 AEL, in denen überwiegend ausländische Arbeiter inhaftiert waren. Die Frage des Anteils der Franzosen an den AEL-Insassen ist sehr schwierig zu beantworten. Nur die Gesamtzahl der Lagerinsassen kann geschätzt werden: 2.000 im Jahr 1941, 40.000 im Jahr 1944.⁶¹ Die meisten AEL waren selbstständig, etwa Großbeeren, Freital und Wuhlheide in Berlin oder das Lager 21 bei den HGW-Betrieben in Watenstedt, aber es gab auch AEL in einigen Konzentrationslagern. In Auschwitz wurden mehr als 10.000 AEL-Häftlinge in eine Nebenabteilung eingewiesen. In Groß-Rosen befanden sich 4.178 AEL-Häftlinge.⁶² Nach den Vorschriften sollte die erzieherische Maßnahme dazu beitragen, ein „schlechtes Benehmen“ am Arbeitsplatz zu verbessern. Jedoch muteten die Inhaftierungsgründe manchmal absurd an. François Mutot wurde nach Bremen-Farge geschickt, weil er und seine Kameraden sich einen Bart wachsen ließen, den die Gestapo als ein Zeichen der Anhängerschaft De Gaulles interpretierte.⁶³ Die Haftbedingungen der AEL glichen jenen der KL. Willkürliche Gewalt, obwohl offiziell verboten, begleitete alle Elemente des Alltags: das Aufstehen, das Waschen, den Gefangenenappell und das Abendessen.⁶⁴ Am Arbeitsplatz, typischerweise auf Baustellen, waren die Insassen der Willkür von Wachtmeistern, Vorarbeitern und Kapos ausgesetzt. Wenn die Gestapo die Arbeitskraft der gesunden und starken Inhaftierten zu schützen versuchte, wurden die Schwachen und die Kranken einfach vernachlässigt. Diese mussten in besonderen Baracken und fast ohne Pflege liegen. Bei ansteckenden Krankheiten, wie etwa Typhus, wurden die Toten an einen bestimmten Ort des Lagers gebracht, manchmal eine der Toiletten.⁶⁵ Albert Burgert wurde in Großbeeren vom Typhus infiziert und überlebte nur mit sehr großem Glück.

⁵⁹ Ebd.

⁶⁰ Jacques Walter, Les récits livresques de survivance sur le camp de la Neue Bremm: enjeux et orientations disciplinaires, in: Communications 26:1 (2007).

⁶¹ Gabriele Lotfi, KZ der Gestapo, Stuttgart 2000, S. 323.

⁶² Jean Daures, Nos vingt ans volés, Aveyron 1993, S. 211.

⁶³ Schriftliches Zeugnis von François Mutot vom 4. Mai 1998, S. 6. Vergl. Arnaud, STO (2010) (Anm. 8), S. 388 und S. 771.

⁶⁴ Jean-Pierre Gamory, A.E.L.: Arbeitserziehungslager. les camps de rééducation au travail et leurs concentrationnaires oubliés, Saint-Grégoire 1989, S. 75.

⁶⁵ P. Lucius, Récit d'une période de ma jeunesse durant la guerre de 1939 à 1945, Typoskript, S. 9.

„Wir wurden je nach Magerkeitsgrad und gewissen Missbildungen an den Beinen ausgewählt. [...] Wir kannten die Existenz einer mit Stacheldraht umzäunten Baracke, deren Name zweideutig war: die Durchgangsstube. Es konnte entweder Stube des Durchschisses oder die Stube des Transits bedeuten, da wir wussten, dass keiner von der Baracke zurückgekommen war. Der einzige Besucher war ‚Roger‘, der jeden Morgen kam, um die Toten zu holen. Jeden Tag gab es zwei oder drei Tote. Zwei Kalfaktoren brachten das Fressen an die Tür, das heißt mittags eine dünne Suppe von weißer Flüssigkeit. Dann hatte man nichts mehr bis zu dem nächsten Tag. Die Leute starben an Entkräftung. Die Sterbenden hatten nicht mehr die Kraft, aufzustehen und sie beendeten ihr Leben in ihren Exkrementen badend. Nach einer Woche kamen zwanzig zusätzliche Gefangene. [...] Nach drei Wochen waren wir sechs Überlebende. Roger ließ die Decken liegen, nach drei Wochen hatte ich elf von denen über mir. Ich war so mager, dass ich den Faust zwischen meine Beine hineinstecken konnte.“⁶⁶

Er wurde, nachdem er überlebt hatte, ins KZ Sachsenhausen eingewiesen, da er ein störender Zeuge war. Für das Lager 21 in Hallendorf schätzt Gerd Wysocki zwischen 1.100 und 1.200 Toten bei einer Gesamtzahl von 26.000 bis 28.000 männlichen Gefangenen und einer Abteilung mit 7.000 Frauen.

Fast 7.000 Franzosen wurden im Dritten Reich verhaftet und in ein KZ eingewiesen. Nicht alle von ihnen waren Zwangsarbeiter. Mindestens ein Viertel der 7.000 Internierten waren freiwillig angekommen, darunter 300 Frauen.⁶⁷ In Würzburg enden zehn der bearbeiteten 332 Gestapo-Akten⁶⁸ mit einer KZ-Internierung. Zum Beispiel wurde Maurice J. von seiner Vermieterin angezeigt, weil er nicht arbeitete und angeblich über viel Geld verfügte. Die Polizei, die ihn schon wegen Vortäuschung von Krankheit im Monat Februar 1944 gewarnt hatte, schickte ihn nach Dachau.⁶⁹ Jegliche Streiks wurden streng unterdrückt. Fünf Arbeiter der Kugellagerfabriken in Schweinfurt, die schon früher verwarnt worden waren und sich gegen Sonntagsarbeit gewehrt hatten, wurden in Dachau eingewiesen. Das eigenmächtige frühzeitige Verlassen der Arbeit auf einer Münchner Baustelle der Firma Sager und Woerner war der Grund für die Inhaftierung von drei jungen französischen Zwangsarbeitern in Dachau im Monat April 1943.⁷⁰

Die letzten Monate des Kriegs und die Rückkehr in die Heimat

Die Schanzarbeiten fingen im Herbst 1944 an. Nach dem Luftangriff auf eine Lokomotivfabrik in Linz musste Michel Caignard nach Parndorf, um 25 km von der ungarischen Grenze entfernt Gräben auszuheben. Cavanna, der in Berlin arbeitete, musste nach Pommern, um eine ähnliche Arbeit auszuführen. Die Arbeitsbedingungen waren oft spartanisch. Kohorten von Ausländern waren SA-Männern unterstellt, die „Ost-“ wie „Westarbeiter“ misshandelten, was die Kluft zwi-

⁶⁶ Ebd., S. 14f.

⁶⁷ Livre-mémorial des déportés de France arrêtés par mesure de répression et dans certains par mesures de persécution 1940–1945, Térésias 2004, Bd 1, S. 138-142.

⁶⁸ Ungefähr 60 Prozent der gesamten Akten, die Franzosen betreffen.

⁶⁹ [Personalakte], StA Wü, GW 19736s.

⁷⁰ StA Mü, LRA 178465.

schen den Opfern reduzierte. Doch auch das Verhältnis zu den Deutschen wandelte sich. Während die Mehrheit der Bevölkerung des Krieges müde wurde und auf das Ende wartete, wurden die überzeugten Nationalsozialisten immer gehässiger. Auch die äußere Gefahr für die Fremdarbeiter nahm zu, je näher die Front rückte. Albert Casteres erinnerte sich später an Angriffe russischer Panzer, Kugeln der Scharfschützen und den Beschuss durch Flugzeuge, der das Überleben einem russischen Roulette⁷¹ gleichen ließ. Mitte Februar schrieb Pierre Soudidier in Sachsen: „Es gibt kein Tempo und nur die Kälte an den Füßen erklärt, dass jeder sich bewegt“.⁷²

Je nach Ort endete die Zwangsarbeit zu sehr verschiedenen Zeitpunkten. In Auschwitz arbeitete man noch am 18. Januar, ehe am 20. die Evakuierung begann.⁷³ In Ostpreußen ruhte die Arbeit Albert Casteres am 26. Januar 1945 angesichts anhaltenden Strommangels.⁷⁴ In Berlin wurde Jean Edmond von seinem Arbeitgeber am 19. April freigestellt, da man in einer Bäckerei ohne Strom und Wasser nicht mehr arbeiten konnte.⁷⁵ Die Notizen von Pierre Soudidier bekunden die Widersprüchlichkeit der Befehle. Am 16. April musste die Arbeit niedergelegt werden, doch wurden sie an den anderen Tagen jeden Morgen bis zum Mittag für unnötige Arbeiten dienstverpflichtet.⁷⁶ Im Sudetenland arbeitete Pierre Mouvet noch am 1. Mai 1945, ironischerweise der Tag der Arbeit.⁷⁷

Die Erschießungen an Ostern 1945 in Dortmund illustrieren die Dynamik der Gewalt, die mit dem Herannahen der Alliierten ausbrach und die sich meistens gegen die verbliebenen Ausländer richtete. Ende Januar gab es im Gau Düsseldorf rund 60.000 evakuierte Fremdarbeiter. Die Notwendigkeit für die Gestapo, die Bildung vermeintlich „krimineller Banden“ von Ausländern zu unterdrücken, und der gleichzeitige Verlust der Verbindung nach Berlin legten den lokalen Behörden nahe, selbst die Verantwortung für die Repression zu übernehmen. Der Chef der Gestapo Dr. Albath entschloss sich am 26. Januar, da eine schnelle Überweisung ins KZ nicht mehr möglich und die Gefängnisse überfüllt waren, Hinrichtungen in Gang zu setzen. Zehn Hinrichtungen vom 7. März bis 8. oder 9. April forderten insgesamt 230 bis 300 Opfer. Bereits am 30. März waren 42 Personen erschossen worden, darunter viele Franzosen. Diese Gewaltexzesse gegen Westarbeiter blieben allerdings Ausnahmen: Wie Ulrich Herbert festgestellt hat, fielen überwiegend „Ostarbeiter“ solch willkürlicher Gewalt zum Opfer.

Angesichts des Vormarsches der Roten Armee ab Januar 1945 evakuierten die Deutschen die ausländischen Arbeiter gemeinsam mit den deutschen Belegschaften. Sehr wenige Franzosen

⁷¹ Jean Edmond, *La vie en Allemagne nazie*, Institut d'Histoire du Temps Présent [ARC 067], S. 61.

⁷² P. Soudidier, *STO à Auschwitz*, Typoskript, 1992, S. 98.

⁷³ Ebd., S. 109.

⁷⁴ Albert Casteres, *Pour que ça se sache aussi*, Paris 2001, S. 36-37.

⁷⁵ Edmond (wie Anm. 71), S. 79.

⁷⁶ Soudidier (wie Anm. 72), S. 109.

⁷⁷ René Brune, *La déportation du travail*, Paris 2001, S. 295.

wehrten sich gegen diese Befehle. Eine Erklärung liegt in der Furcht vor den sowjetischen Truppen, welche die nationalsozialistische Propaganda seit 1941 verbreitet hatte. Henri Baudons Vorstellungen waren, wie seine Erinnerungen zeigen, von solchen Stereotypen geprägt:

„Diese Kerle sind richtige Barbaren! Sie beklauen dich, diese Ungeheuer. Sie schneiden deinen Finger ab, um deinen Ehering zu nehmen. Sie vergewaltigen alle Frauen, selbst die kleinen Mädchen. Viele Franzosen hatten einen heiligen Bammel vor den Russen.“⁷⁸

Unter den Gerüchten, die sich unter den Franzosen vor der Befreiung verbreiteten, kursierte die Vorstellung, dass Franzosen zur Arbeit in die Sowjetunion verschleppt würden.⁷⁹ Auch die Befreiung selber war für viele ernüchternd. Die Amerikaner hatten oft keine Zeit, mit den Zivilarbeitern die Befreiung zu feiern, und die Begegnung mit den Rotarmisten hinterließ oft einen negativen Eindruck von volltrunkenen Soldaten, die Nazis umbringen wollten oder die nach Frauen suchten⁸⁰. In den ersten Tagen herrschte Euphorie, und die Zwangsarbeiter aus dem Westen versuchten oft, nicht anders als die „Ostarbeiter“, in der Nachbarschaft zu plündern. In den Münchner Akten findet man einen Fall von einem deutschen Vorarbeiter, der in seinem Haus von einem Franzosen ermordet wurde. Allerdings waren solche Fälle selten: Franzosen hatten trotz Erniedrigung und Repression immer noch weniger als die „Ostarbeiter“ Anlass zu blutiger Rache.

Der Zeitpunkt der Rückkehr nach Frankreich hing davon ab, ob sie von der amerikanischen oder der sowjetischen Besatzungsmacht organisiert wurde. Am meisten bemängelt wurde die Wartezeit in den DP-Lagern. Danach dauerte der Transport nur einige Wochen. Ganz anders war es, wenn man einen Teil der UdSSR durchqueren musste, um nach Odessa zu gelangen. Die Ernährung war manchmal schlimmer als im Dritten Reich, und die geschlossenen Lager waren schwer zu ertragen. Louis Nègre, der im Januar 1945 von der Roten Armee befreit wurde, kam erst Mitte August von Odessa nach Marseille zurück.⁸¹

Heimat und Nachkriegszeit

Ehemalige Zwangsarbeiter beschrieben in ihren Erinnerungen nur selten und knapp die Zeit der Rückkehr in die Heimat, als ob dieser Moment nicht der Geschichte, sondern nur der Privatsphäre gehört hätte. Dieses Schweigen ist schwer zu erklären. Verheimlicht das Zögern, über das Wiedersehen mit der Familie zu sprechen, Schwierigkeiten sich zu resozialisieren oder bedeutet es

⁷⁸ Henri Baudon, *J'étais le déporté du travail n°6219*, Typoskript, S. 114.

⁷⁹ Lesaffre (Anm. 35), S. 182-183.

⁸⁰ Besonders bei François Cavanna, *Das Lied der Baba Frankfurt* 1989, oder Pierre Picard-Gilbertier, *Armée Rouge et Danube bleu*, Dijon 1993.

⁸¹ Daures (Anm. 62), S. 241-248.

nur eine Rückkehr zur Normalität, die die außergewöhnliche Zeit des Krieges und des Exils endlich abschließt? Für Victor Dufaut gab die Umarmung seines Vaters Anlass, über die Erfahrung nachzudenken.

„Sicher waren seine Haare grau, seine Falten groß, aber in den Haaren und Falten meines Vaters erkannte ich meine Haare und meine Falten wieder. Ich war in seinem Alter. Ich war sein Bruder. Ich war der Mann.“⁸²

Es gibt auch negative Heimkehrerlebnisse. Für die Schullehrer Aventurier und Cellier waren die Zwangsarbeiter Verräter am Vaterland im Gegensatz zu den edlen Dienern der kämpferischen Familie (Résistance) geworden.⁸³ Noch schwieriger zu überwinden war das familiäre Unverständnis. André Deutsch war tief entsetzt von seiner Schwiegermutter, die mit ihrem Zeigefinger auf seine Braut Zalinka zeigte und sagte: „Ich hoffe, dass es sich wenigstens nicht um eine ‚Boche‘ handelt.“⁸⁴ Andere, wie Paul Fourtier-Berger, hüllten sich in Schweigen, was er später als Irrtum bezeichnete. Für die Studenten und die jungen Lehrer gab es ein zusätzliches Ressentiment gegenüber dem Bildungsministerium, das jede Abweichung der Auswahlverfahren ablehnte. Jean-Louis Quereillahc, der über den Boulevard Saint-Michel im Quartier Latin spazierte, empfand eine Art Entfremdung.

„Ich erkenne den Boul’Mich nicht mehr. Das Licht ermüdet mich. [...] Das lustige Gedränge der Bürgersteige nervt mich. [...] Dennoch liebte ich ‚es‘ vor zwei Jahren. Wozu bin ich hier, um mich an die Universität, die Studentenzeit, das damalige Gelächter festzuklammern? [...] Was habe ich mit der heutigen Jugend des Boul’Michs nach 2 Jahren STO gemeinsam? [...] Nichts, ich bin hier fehl am Platz.“⁸⁵

Das Ressentiment der jungen STO-Arbeiter wurde durch den wehmütigen Blick auf ihre verpassste Jugend verstärkt. Der Verlust beruflicher Opportunitäten und der Eindruck, die Gesellschaft, die man zwei Jahre vorher verlassen hatte, nicht mehr zu erkennen, verwandelten sich für Jean Edmond in ein Gefühl der Entwurzelung.

„Ich bin schon ein bisschen in meinen eigenen vier Wänden. Meine vier Wände, aber was soll es eigentlich bedeuten heute? Wo sind sie? Ich fühle mich furchtbar einsam. Ich versuche nicht mit den anderen Reisenden zu sprechen. Ich habe das Gefühl, dass es in diesem Augenblick keine gemeinsame Sprache gibt. Man wird eine neue erfinden müssen. Ich kehre von einer anderen Welt zurück, wo die Werte verschieden waren. Ich soll es wieder lernen zu leben.“⁸⁶

⁸² Victor Dufaut, *La vie vient de l’Ouest*, Paris 1969, S. 220.

⁸³ Gérard Aventurier, Albert Cellier: *Des instituteurs de la Loire au S.T.O dans le IIIe Reich*, Montbrison 1997, S. 22.

⁸⁴ André Deutsch, *Zalika*, Paris 2001, S. 101.

⁸⁵ Jean-Louis Quereillahc, *J’étais STO*, Paris 1958, S. 297-299.

⁸⁶ Edmond (Anm. 71), S. 89.

Wenn einige Rückkehrer ihre ehemaligen Stellen zurückerhielten, wurden andere arbeitslos. Die Mehrheit der Heimkehrer, die ledig waren, mussten eine Familie in einer erschütterten Gesellschaft gründen. Verheiratete Männer, Frauen und Kinder, die getrennt wurden, mussten sich wieder kennenlernen. In der Nachkriegszeit nahmen die Ehescheidungen zu, die zum Teil mit der Rückkehr aus Deutschland zusammenhingen. Antoine Blondin spielt auf diese Realität in *Monsieur Jadis* an: „Nach dem Zweiten Weltkrieg fuhren die Züge wieder. Ich nützte diese Gelegenheit, um meine Frau und meine Kinder, die noch nicht sprachen, zu verlassen.“⁸⁷

Die Gedenkfeier in Compiègne im August 1946 bildete den letzten Moment der Einigkeit zwischen den Kriegsoffizieren, da die Zwangsarbeiter, damals Arbeitsdeportierte („D.T.“) genannt, auch eingeladen wurden. Ein Denkmal sollte diese Einigkeit als ein Zeichen des neuen Frankreichs rühmen.

Der ehemalige Widerstandskämpfer und KZ-Internierter Rémy Roure wehrte sich in *Le Monde* vom 16.–18. August 1945 gegen die vaterländische Stimmung dieser Tage: „Sind nationale Feiern Kirmes geworden? [...] Wird man den Tod zugunsten der Parteien für sich in Anspruch nehmen?“ Er fügte noch gegen den kommunistischen Minister Laurent Casanova gerichtet hinzu: „Vielleicht hätte man den Titel von ‚Arbeitsdeportierten‘⁸⁸ der STO, die zwangsläufig, halbzwangsläufig und einige freiwillig abgefahren sind, verzögern können?“ Gegen die Anschuldigungen vermeintlicher Feigheit und Unterwerfung wählte der STO-Verband *Fédération Nationale des Déportés du Travail* (FNDT)⁸⁹ die Strategie der gegenseitigen patriotischen Überbietung, indem man von 10.000 Erschossenen, 80.000 AEL-Internierten und 10.000 Flüchtigen, darunter 2.000 Maquis-Widerstandskämpfern, sprach. Die Bestattung eines anonymen „D.T.“ am 27. Juni 1947 auf dem Friedhof Père Lachaise, im Karree der Märtyrer des Widerstands, stellte die steigende Konkurrenz zwischen den Kriegsoffizieren nicht in Frage, die eine kleine Widerstandsgruppe bei den Kriegsgefangenen (PNPGD) und die FNDT schon im Jahr 1945 in einem Plakat anprangeren, das unter dem Motto „Ils sont unis – Ne les divisez pas!“ die Einigkeit zwischen ehemaligen Kriegsgefangenen, KZ-Häftlingen und STO-Männern darstellte.

François Mitterrand, Gründer des MNPGD und gerade Minister für die Veteranen geworden, erkannte im Kongress der FNDT 1948 eine Hierarchie des Leidens: „Es handelt sich nicht darum, die Leiden, die die Arbeitsdeportierten erlitten haben, mit den größeren der ehemaligen KZ-Häftlinge zu vergleichen.“ Für seinen Nachfolger, Robert Bétolaud, hätten die Zwangsarbeiter nur nicht nach Deutschland fahren sollen.⁹⁰ Diese mussten den 14. Mai 1951 abwarten, um endlich rechtliche Würdigungen zu erfahren, deren Titel das Wort „Arbeitsdeportierte“ mit dem

⁸⁷ Antoine Blondin, *Monsieur Jadis*, Paris 1973, S. 254.

⁸⁸ Rémy Roure, *Les journées du souvenir*, in: *Le Monde*, 18.–19. August 1946.

⁸⁹ Nationaler Verband der Arbeitsdeportierten.

⁹⁰ *Le D.T.*, Spezialausgabe 36-37, Dezember 1948 – Januar 1949.

Wortlaut „Person, die zwangsläufig zur Arbeit in ein feindliches Land bestimmt wurde“, ersetzte. Die FNDT versuchte, den Titel mit einer Abstimmung der Nationalversammlung zu verändern. In diesem Kampf kam die einzige Unterstützung von der französischen kommunistischen Partei (PCF). Die Sozialisten (SFIO) waren gespalten, auch wenn die Mehrheit der Partei dafür war. In der Nationalversammlung waren die entschiedensten Gegner Gaullisten, die eine offizielle Funktion in einem Verband ehemaliger KZ-Insassen innehatten.⁹¹ Dreimal stimmte die Nationalversammlung über ein Gesetz ab, das die Zwangsarbeiter als „Arbeitsdeportierte“ kennzeichnete. Jedes Mal wehrte sich der Senat gegen diesen Entschluss. Im April 1956 scheiterte ein erneuter Versöhnungsversuch. Die Auseinandersetzung zwischen den Kriegsoptionen wurde öffentlich, als im Juli 1956 der Historiker Henri Michel eine Petition einreichte, die berühmte Schriftsteller (Vercors, Albert Camus, Jules Romains) und Hochschullehrer (René Cassin, Alfred Sauvy, André Siegfried, Fernand Braudel, Lucien Febvre, Ernest Labrousse und Pierre Renouvin) unterzeichneten.⁹² Im November 1956 bildeten fünfzig Verbände ehemaliger Widerständler und KZ-Häftlinge ein Nationales Komitee für die Verteidigung des „Deportierten“-Titels (Comité de défense pour le titre de déporté), dessen Kampf auch stark antikommunistisch ausgerichtet war.

Die Rückkehr De Gaulles und die neue Fünfte Republik untergruben die Hoffnung, diesen Titel durch ein Gesetz zu verändern. Die Veröffentlichung der Kriegserinnerungen von Jean-Louis Quereilhac 1958, *J'étais STO*, die eine Art offizielles Gedächtnis der FNDT verkörpern, bekundete diese Niederlage. In Deutschland arbeitete die FNDT an dem Bau von Denkmälern. Da an keinem anderen Ort so viele Franzosen ermordet worden waren wie im Rombergpark, wählte die FNDT 1960 diesen Ort, um mit der Unterstützung der Stadt Dortmund ein Denkmal zu errichten. Der Verband, dessen Pariser Sektion kommunistisch eingestellt war, unterhielt auch sehr gute Beziehungen zur DDR. Die Behörden von Brandenburg stellten 1965 im Bahnhof einen Gedenkstein auf, um die Erinnerung an elf hingerichtete französische Eisenbahner zu bewahren. Diese wurden als „Widerstandskämpfer gegen den Faschismus“ bezeichnet, auch wenn das Urteil gegen sie allein wegen „wütender Worte“ (*des paroles d'aigreur*), die zwei Landsleute angezeigt hatten, ausgesprochen wurde. 1970 errichtete die FNDT eine Grabstele für den unbekanntes „D.T“. Im November 1971 brachten das Zentrum und die PCF einen Gesetzentwurf über den Titel der ehemaligen Zwangsarbeiter ein, der auch von 52 gaullistischen Abgeordneten unterstützt wurde. Die Veröffentlichung von *La déportation des travailleurs français dans le troisième Reich* 1972 brachte der FNDT die wissenschaftliche Unterstützung, die bis dahin gefehlt hatte.

Die französische Justiz sollte trotzdem die Hoffnungen der STO enttäuschen. Am 30. Juli 1974 erstatteten fünf Verbände von ehemaligen KZ-Häftlingen eine Strafanzeige gegen die

⁹¹ Wie zum Beispiel Irène de Lipkowski, Präsidentin und Gründerin des ANFROMF, Emile-Louis Lambert, Ehrenpräsident der UNADIF oder der Sozialist Eugène Thomas, Vizepräsident des FNDIR.

⁹² Akten von André Bouloche, AN, 72AJ2168.

FNDT wegen Titelanmaßung.⁹³ Eine sehr lange gerichtliche Auseinandersetzung von 18 Jahren folgte, die das Geld und die Zeit der FNDT beanspruchte. Das Berufungsgericht von Paris untersagte im Februar 1978, dass die FNDT in ihrem Namen die Wörter *déporté* und *déportation* benutzte.⁹⁴ Das Kassationsgericht bestätigte diesen Entschluss am 10. Februar 1992 und erklärte, dass der Anspruch der Zwangsarbeiter nicht mehr von der sozialistischen Partei (PS) unterstützt wurde. Die Verbands-Zeitung musste ihren Namen ändern: der „D.T.“ wurde der „Verbannte“ (*Le Proscrit*). Trotzdem fand sich noch 2004 der umstrittene Titel in der Zeitung, wenngleich in einer abgeschwächten Form: „wie wir damals hießen, vorher benannt, oder unter Verwendung von Anführungszeichen oder als Abkürzung (D.T.).“ Die Widerspenstigkeit wurde von der Führung des Verbands unterstützt, die die Adresse ihrer Internetseite *requis-deportes-sto.com* nannte. Letztendlich erhielten sie am 18. Oktober 2008 per Erlass mit der Zustimmung der ehemaligen KZ-Häftlinge einen neuen Titel: „Opfer der Zwangsarbeit im nazistischen Deutschland“. Diese Niederlage wog schwer nach 60 Jahren Schlacht um ein Wort, das verschiedene Gedächtnisse des Zweiten Weltkriegs gegenüberstellte.

⁹³ Annette Wiewiorka, *La bataille du statut*, in: Bernard Garnier, Jean Quellien (Hg.): *La main-d'œuvre française exploitée par le III^e Reich*, Caen 2003, S. 621ff.

⁹⁴ *Le Déporté* n°348 August – September 1979.